

# Die Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686-3699. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konten: Berlin 666. Monatlich 10 Reichsmark, 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren, bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld.

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 16 Pfennig. Kleinanzeigen für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26

10 Pf. - [Anwarte 12 Pf.] - Nr 291

SONNABEND, 18. JUNI 1932

MORGEN-AUSGABE

## Brüning meldet sich zum Wort

Eindrucksvolles Beispiel scharfer, aber verantwortungsvoller Opposition

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MAINZ, 17. JUNI

In der Mainzer Stadthalle, wo zwei Tage vor den letzten Reichswahlen im November Dr. Brüning, damals noch Reichspräsident, von vielen Tausenden mit dem Ruf: „So lebe der Vater Deutschland!“ begrüßt begrüßt worden war, fand Brüning heute als Zentrumführer, der sich wie Stegwald, sein politisches Bestreben für den Wohlstand der Bevölkerung gestellt hatte, am Abendpunkt nach seinem Einzug, vor der Öffentlichkeit. Der Vortrag war so kurz, daß zwei Rednererfahrungen abgehört werden mußten. In der Stadthalle allein mochten etwa 5000 Menschen zusammen sein.

Als der Leiter der Versammlung, Reichstagsabgeordneter Dr. Rodius, feststellte, daß sich Brüning bei den Reichspräsidentenwahlen den Ehrennamen eines Ranglers der deutschen Sprache erworben habe, brachen wahrhafte Beifallsstürme aus, die sich bei der Annäherung des Hymnenwiederholers, über das Gemüth der Reichstagsabgeordneten Seemanns-Subkommission rehrte: „Von Brüning zu Schleicher-Papen“ und bei dessen Feststellung, daß heute noch im Zentrum das Wort Geltung habe, das Zentrum 1906 im Kölner Osterkrieg sprach: „Vor den Rommandobübeln werden wir nicht!“ Wie Brüning dann eröffnete, wollte die jubelnde Begeisterung kein Ende nehmen, wobei zu bemerken ist, daß in der Versammlung auch viele hundert Reichstagsmitglieder zugegen waren.

Brüning, dem man die Arbeit und das Erleben der letzten Monate noch am besten, brühte am Eingang seine Freude darüber aus, daß er auch heute das Vertrauen seiner Partei nicht verloren habe. Er sei nach Mainz hinaus befohlen worden, um zu zeigen, daß er aus dem Kampf, aus dem er komme, mit unverminnertem Mut und Kampfeswillen hervorgehe. Man dürfe von ihm nicht annehmen, die persönlichen und hitteren Erfahrungen, die ihn menschlich schwer getroffen hätten, hätten ihn zu erschüttert, daß er nicht mehr die Kraft aufbringe, auch außerhalb der Regierung wieder einzutreten, daß innen- und außenpolitisch der Weg eingeleitet werde, den er zwei Jahre an der Spitze seines Kabinetts gegangen sei.

Wie werden dem deutschen Volk zeigen, welche politischen Aufgaben es für das Zentrum in der Opposition gibt, und auch beweisen, wie man die Regierungspolitik von außen beeinflussen könne. Aber wir werden niemals dem Ausland zeigen, diese Regierung habe keine Weisheit hinter sich — wie man das ihm gegenüber gerne sage. In der Außenpolitik können wir nur ein einziges Deutsch sein. Unter allen Umständen muß jetzt eine ganz und vollständige Lösung gefunden werden, und er habe die Hoffnung, daß die letzte Regierung, wie er feinerzeit, nicht um ihres Bestehens willen eine große gute Politik ausere. Aber es ist immerhin interessant, daß plötzlich die Anzart derbe, die mich als Schwächling oder Vertreter hingestellt habe, in der Beurteilung der außenpolitischen Verhältnisse etwas mitgeworden ist. Wenn ich später einmal über diese Dinge offen reden kann, wird sich das deutsche Volk über die letzten Wunden, die heute glauben, den nationalen Gedanken gegenüber zu haben.“

Brüning mochte auch nicht über die Vorgänge sprechen, die seinen Rücktritt begleiteten. Er will auch in der Beurteilung alles daran setzen, die Autorität im Staat zu stärken und den Glauben an die Autorität aufrechtzuerhalten. Auch in eine heftige Polemik gegen die neue Regierung wollte er nicht einsteigen. Es zeme sich nicht für einen verantwortlichen Staatsmann nach seinem Sturz, politisch hinter dem Regierungswagen herzuliegen. Aber ich kann die neue Regierung auch nicht an der Geschwändigkeit hindern, mit der sie im Gegensatz zu alter guter Gepllogenheit ihre Vorgängerin vor dem Volk tritt.“

In diesem Zusammenhang redete Brüning seine Finanzpolitik. Es war alles fertig, um das Defizit für das kommende Jahr abzubauen, da Brüning nach Lausanne nur nachkommen noch einmündigen Finanzverwaltung des Reiches zeigen konnte. Das man die alte Regierung nicht darum schuldig mache, er fort, weil man einen Programmpunkt unternehmen wollte: die Stabilität der Währung. Ist es nicht so, daß immer wieder von der gleichen Seite die Wünsche gegen die Währung unternommen worden sind, um eigene Schulden loszuwerden?

„Nun an, daß nicht in den nächsten Wochen Ihre Geschäftliches für Deutschland unternommen wird. Das hier unsere Politik ist von meinen Gegnern durchaus verstanden worden. Sie

meinten, daß die Zeit vorbei ist, in denen einzelne Wenige Regierung aus Stoffen der Allgemeinheit machen konnten. So konnte es nicht vor Deutschland derantworten, den lebensfähigen Grundbesitz im Osten zu retten und den nicht lebensfähigen die Siedlung zu verschließen. Von diesem Programm konnte ich mit nichts nehmen lassen. Unter Siedlungsprogramm war kein Siedlungssozialismus. Aber es scheint so zu stehen, daß man in Deutschland wohl von der großen Mehrheit der Deutschen, den Beamten, dem Mittelstand alle möglichen Opfer verlangen kann, — nur eine kleine Schicht lehnt jedes Opfer ab. Wenn man sich weigert, das Siedlungsprogramm in un-

lerem Sinn durchzuführen und das heute mit dem Sinnwies auf das Christentum zu verdrängen, dann würde ich mich schämen, meine Unterfertigung unter einen solchen Ruf zu legen.

Das Christentum ist nicht dazu da, eine selbstthätige Interessentpolitik einer kleinen Schicht zu werden. Christlicher Auffassung dient man am besten, wenn man dem Volk das Gefühl läßt, daß jeder Interessengruppe ausgeholfen ist und daß Gerechtigkeit für alle oberstes Gesetz ist. Nur dann kann man einem Volk große Opfer tunen, wenn es das Bewußtsein besitzt, daß Abnahmehinnehmen nur aus dem Zwang und der Not und nicht aus reaktionärer Gesinnung kommen. Die Zentrumsparlei wird so, wie in den letzten zwei Jahren, auch in der Zukunft am allerwenigsten an die Parteinteressen denken dürfen und denken wollen. Ihre Fährweg wird mit allen, die bereit sind, für eine Politik der Verantwortungsfähigkeit und der Wahrung zu kämpfen, ihren Weg vorwärts gehen.“

Nachdem Brüning geschlossen hatte, tobte der Beifall der Versammlung viele Minuten lang.

## Gefechtspause in Lausanne

Herriot reist nach Paris — Angriffe der Chauvinisten

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LAUSANNE, 17. JUNI

Die Reparationskonferenz hat sich nach ihrer zweiten Gesäßsitzung am Samstag bis zum Dienstag verlagert. Am Montag werden die Delegierten der Hauptmächte über die Weiterführung der Konferenzarbeiten beraten.

Der französische Ministerpräsident Herriot wird sich über den Sonntag nach Paris begeben, wo am festu Ergehen ein Ministerrat stattfinden wird. Es sind nämlich hier eine Anzahl französischer Parlamentarier eingetroffen, die auf Herriot, allerdings nicht sämtlich im gleichen Sinne, einzuwirken versuchen. Die meisten aber, darunter auch Abgeordnete der meisten Kammermehrheit, werfen Herriot auf Grund der Berichte vieler französischer Blätter vor, er habe in Lausanne allzu leicht nachgegeben.

Zur Erklärung dieser Auffassung ist zu sagen, daß in hiesigen französischen, italienischen und gewissen anderen Kreisen im Gegensatz zu der deutschen Meinung die Ansicht weit verbreitet ist, daß die heute noch ausgearbeitete und vormittags der Konferenz vorgelegte Resolution der Geüblichen mächte viel mehr bedeutet, als ihr wärtlicher Inhalt besagt. Man will in diesen Kreisen in der Resolution bereits die völlige Freigabe der Reparationen erblicken und so etwas wie eine gemeinsame europäische Front gegenüber Amerika. Dagegen wird in englischen und deutschen Kreisen betont, daß es sich bei dem Vortage einweln lediglich um eine rein juristische Maßnahme handelt, die dazu bestimmt ist, die Delegationen der Teilnehmer Konferenz von dem Druck der bevorstehenden Beschlusstimmungen zu befreien.

Der englische Außenminister Sir John Simon wird sich morgen und MacDonald am Sonntag nach Genf begeben, angeblich um dort über Währungsfragen mit der amerikanischen Delegation zu verhandeln.

In der Nachmittagssitzung der Konferenz sprachen die Finanzdelegierten Japans, Belgiens, Australiens, Portugals, Jugoslawiens, Rumaniens und Griechenland. Alle sind darin einig, daß die Weltfriede gemeinsame Opfer von ihren Ländern bei einer finanziellen und wirtschaftlichen Neuregelung erfordert, aber es bestehen auch sätzlich darauf, daß mit dieser Neuregelung eine wirtschaftliche und finanzielle Aufbauarbeit nach einem gemeinsamen Plan verbunden sein müsse, die das Opfer für ihre Länder verteilbar macht. Ministerpräsident Benin (Belgien) fügte hinzu, daß die Streichung der Reparationen unmöglich wäre, ohne eine gleichzeitige Regelung der Schuldenfrage und ohne einen konstruktiven Aufbauplan.

Papen und Herriot sind zufrieden

Sowohl der deutsche Reichsfänger von Papen wie der französische Ministerpräsident Herriot hatten nacheinander heute abend die Vertreter der Weltpresse um sich versammelt. Beide gaben übereinstimmend ihre lebhaften Befriedigung

über das erste Ergebnis des allseitig bewiesenen guten Willens Ausdruck.

Über von Papen erklärte sich vollkommen mit MacDonald einverstanden, daß jetzt keine Realisationsmittel mehr helfen. Herriot Rede habe bewiesen, daß wirklich auf allen Gebieten der beste Wille zum Einmühen besteht. Die Anträge des Ranglers, wie seine Verfassung ist überhaupt, hat mit zur Fortsetzung der Beratungen beigetragen, die besonders in dem Kreise der ausländischen Presse gegen den neuen Plan herrschen.

Herriot verteidigte sich, ohne das ausdrücklich zu sagen, gegen die ihm von den französischen Rationalisten gemachten Vorwürfe. Er sei selbstverständlich, sagte er, daß er in erster Reihe die Interessen Frankreichs hier vertritt, aber er erkläre offen und freimüthig, daß er sich bemühe, diese Interessen in Einklang mit den Interessen Europas und der ganzen Welt zu bringen. Die heutigen Sitzungen der Konferenz von Lausanne hätten bewiesen, daß eine derartige Auffassung sich erfolgreich überall durchsetzen konnte. Herriot erklärte zum Schluß: „Ich bin und bleibe ein Patriot, und zwar ein ernstlicher Patriot.“

Siehe auch Umseite

## Was wird in Genf?

Von

STAATSMINISTER A. D. KORELL

Wohl der Staatsgerichtshof aus formellen Gründen bei im November 1931 gewählten Landtag aufgelöst hat, gehen wir am 19. Juni wieder zur Urne. Zum fünften Male seit Herbst 1930. In diesen Zeiträumen ist das eine bittere Sache. Wie ein kleiner Bergsee durch den Sturm bis auf den Grund aufgewühlt wird, so werden durch so häufige Wahlen die Verfassungen in einem beständigen Zustande der Unruhe, als für Stören, Wirtlich und Gesellschaft, auch die Sicherheit gut ist. Dabei rückt man uns von draußen her noch besonders in den Mittelpunkt, um beiseite, blinde Hesse. Die Samburger „Eiserne Front“ läßt ihre siegreiche Fährde nach Darmstadt geleiten. Der Preussische Landtag verabschiedet die Wahl eines Ministerpräsidenten bis nach der Jahreswahl. Was soll das eigentlich bedeuten? Auch ohne die preussischen Abgeordneten werden sich Kräfte von Neben — bisweilen mit Einfluß verbunden — bilden. Ist der Sinn der Verfassung, daß das politische Schicksal der beiden Länder das gleiche werden soll? Natürlich war es bisher nicht. Ueber ein Jahrzehnt, bis zur letzten Wahl, regierte die Weimarer Koalition. Dann hatten wir, wie die Preußen, eine geschäftsfähige Regierung. Hier wie in Berlin kamen in Parteienpolitischen und Zentrum nicht zusammen. Eine werden auch am nächsten Sonntag kaum ihren besten Wunsch nach der absoluten Mehrheit erfüllt finden. So wird der Zustand wieder der gleiche sein. Was es uns in Preußen geschieht, wird bei uns wiederholt werden.

Ein Gutes hat die raube Neuwahl gehabt. Statt 13 Urten sind nur neun eingetrigert worden. Die Gruppen der büre

gerichten Mittel, Volkspartei, Landvolk, evangelischer Volksverein, Staatspartei, Aufwärtler und Wirtschaftspartei haben eine „Nationale Einheitsliste“ aufgestellt. Jeder ist eine Zusammenfassung der Staatspartei und der Wirtschaftspartei. Diese Liste namentlich mit der liberaldemokratischen verbunden haben, nicht gelangen. Die persönlichen Beziehungen waren zu hoch. Die demokratischen Stimmen gehen weinlich der Linken nicht verloren; sie werden vielleicht für ein Mandat ausreichen. Man kann nur wünschen, daß auch die Staatspartei einen Abgeordneten erhält, obwohl sie erst an vierter Stelle erscheint. Inländer ist es darum, weil der an die 2. Stelle gesetzte Kandidat nichts mehr hinter sich hat. Seine Freunde scheitern auf einem Gewerkschafts- und bei der Deutschen Partei. Die bäuerlichen Wähler aber stehen fast alle im Lager Sittlers. Aus diesem kommt Herr Dingeldey. So ist es nicht verwunderlich, daß unsere Volkspartei in einem — erfolglosen — Angebot an die Deutschen vorzöge, „alle Möglichkeiten zur Regierungsübernahme der Nationalsozialisten sind tatkräftig zu unterstützen.“ Die Staatspartei wird dann andere Wege gehen müssen, wie sie es im Felde tut.

Der Wahlkampf spielt sich im wesentlichen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten ab. Die „Rechten“ sind in der Regel über die Reichsvereinsgrenzen hinaus weniger feierliche. Völkernam stand im Mittelpunkt sehr großer Kundgebungen. Kommunalwahlen haben letzten auffallende sozialdemokratische Erfolge gebracht, ohne daß sie natürlich verallgemeinern möchte. Doch der Kampf um die Reichslisten ist durch die Ereignisse im Reich ohne Zweifel in die Liberalen als bei der Ständeverordnung. Staatspräsident über diese Reichsvereinsgrenzen hinaus. Die Parteien sind aber die meisten, die sich durch einen Selbsthau zum Wähler hat machen wollen wird von der Parteipresse glatt verschwiegen. Die Liste enthält keinen und anderer vorkommender Abgeordneter Namen nicht mehr. Selbst das Bekanntheit, daß die Fraktion zu Beginn des aufgeführten Landes (Sittler) bezogen habe, hat ein Führer öffentlich abgelegt. Somit aber ist der Kampf, an dem sich eine ganze Anzahl evangelischer Pfarrer und Staatsbeamter beteiligen, der gleiche wie immer und überall.

Den Inhabern dieser frapierenden Agitation haben Angriffe aus die „Systemregierungen“ und die „Parteibeauftragten“.

Die heftigste Regierung hat die Vollen jeder deutschen Reichsregierung zu tragen gehabt. Sie wurden verurteilt durch die jährliche Besetzung von fast der Hälfte des Landes, und damit einen Reichtum, der hat, dessen hat viel mehr und Qualitätsindustrie. So erklärt es sich, daß z. B. die Stadt Offenbach mit Viermalen lange an der Spitze der Erwerbslosenstatistik stand. Die vielen Arbeitnehmenden um Frankfurt, Offenbach und Mainz herum haben besonders große Wohlstandslagen. Trotz allem hat die Regierung noch große, lohnlose Arbeiten ausführen lassen mühen, weil die Reichsregierung sie nicht in Angriff genommen hatte, und sie jetzt durch die Wirtschaft und Kultur betroffen. Die Wirtschaft des ehemaligen Reichsregierers mußte durchgehört werden. Uninteressant, technische Hochschule und Landwirtschaft folgten trotz großer Sparmaßnahmen große Summen. Die bäuerliche Wirtschaft wurde stark gefördert. Alles in allem: ein schlechter Verwalter ist die heftigste Regierung nicht gewesen. Die Weidert der Weimarer Koalition wird in ruhiger Zeit einmal dargestellt werden, und dann die Mittel des nicht wahlkräftigen Landes nicht zu scheuen haben.

Der Kampf gegen die Parteibeatungsmittel läßt sich in einem letzten Bewusstseinskampf der Heften sehr leicht als durch und durch verloren betrachten. Wir haben den Ministern vier Männer ohne die übliche Verbindung, drei von der Sozialdemokratie und einen von Zentrum; in der Außenverwaltung sind von 18 Kreisdirektoren zwei Nationaldemokraten. Ich weiß, daß der Zänker der letzten Landbürgermeister der verschiedenen Parteien, aus dem Landbau, volle Anerkennung zuteil werden lassen. Von den vier Ministerialräten der Reichsregierung, die haben der früheren Reichsregierung für ihre Tüchtigkeit und politische Verantwortlichkeit siehe ich ein, wie der Staatspräsident für seinen Referenten. Wenn die „nationalsozialistische Beamteneinstellung“ im Mai d. J. schreibt: „Parteibeauftragte ist ein heute vollkommen klarer Begriff; nicht der Beamte ist damit gemeint, der sich zu irgendeiner Partei bekennt, sondern lediglich derjenige, der als einzige Leistung und Befähigung seine ihm für die Erfüllung seiner Pflichten hat. Die heftigste Regierung eine reine Beute. Sie hat mehr unter dem vorher angeführten noch unter den vorerwähnten vorgebildeten Beamten der Koalition Unterstützung berufen; aber sie mußte, wenn auch in sehr bescheidenem Maße, das Unrecht der großherzoglichen Zeit ausgleichen. Damals wurde nicht ein sozialdemokratischer Beamter gebildet, und der tatpächliche Teil der Bevölkerung seiner wurde mit der gleichen des Gebrauchs in der Reichsregierung. Die freimüthigen helfen einmal den Finanzminister, aber der wurde von der herrschenden Partei, den Nationalsozialisten, und ihrem Führer, dem Freiherrn von Seyd, bald beseitigt.

So liegen die Verhältnisse, und die Nationalsozialisten, unter deren Führern eine ganze Anzahl Staatsbeamte (und noch mehr Anwärter) sind, haben zu wenig Grund, sich zu befürwern, wie die Deutschen und Volkspartei. Die Nationalsozialisten haben neuerdings in Hessen verurteilt, sogar den Begriff „Parteilichung“ zu schaffen, denn die haben gefordert, Senfte des Landbesitzes, die bei sorgfältig von der Reichsregierung ausgeführt, aber nicht zu ihrer Partei gehörigen Kandidaten setzen in

nationalsozialistische Stelle zu bringen, und als ihr Begehren abgelehnt wurde, den Vorpost über — die Fingele angebrocht. Das hat, aber tatächlich und beginnend) sein. Dem beim Kampf gegen das „System“ und die „Parteibeauftragten“ handelt es sich um Reich und Reichsregierung, und politisch im großen gesehen um den Reich, die Arbeitererschaft von Staats wegabhängigen.

# Paris lobt den Kanzler

Schmeichelei als Mittel französischer Politik?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung  
PARIS, 17. JUNI

Die gemeinsame Erklärung der großen Gläubigerkreise in Louzane verdienstliche die optimistische Haltung, die hier (schon unmittelbar nach der Unterredung zwischen MacDonald und Herriot eingegeben wurde. In Paris ist man sich darüber klar, daß diese Erklärung gegenüber der bisherigen französischen Reparationspolitik ein zu billiger Neues darstellt. Frankreich sieht nicht mehr auf den bisher von ihm beanspruchten Sonderleistungen. Es stellt sich in Reich und in Hinblick auf den andern Großteil Europas, die entschlossen sind, so schnell als möglich auch eine formale Vereinbarung der Reparationen herbeizuführen.

Wie sich denken läßt, nimmt die Pariser Presse, die in ihrem überwiegenden Teil bisher die Freitreibung der Reparationen verlangte, die konsolidierte Erklärung mit gemischten Gefühlen auf. Der „Temps“ befürwortet sie darauf, die Vorgehensweise zu erzählen und konstatiert dann: „Diese Erklärung ist der erste Akt der konsolidierten Konferenz und wird wahrscheinlich ihr bedeutungsvollstes Ereignis bleiben.“

Schärfer noch fassen andere Blätter der Mitte das Konsolidierte Ereignis. So schreibt der „Paris Echo“: „Die Vorteile sind gering. Aber ihre Heiligkeit ist gewandt worden. Wenn die Entschließung Deutschlands befristet, so befristet sie in gewissem Sinne auch Frankreich. Sie ist ein erster Schritt zu einer europäischen Einheitsfront.“ Etwas spezifischer verhält

sich die Wirtschaftszeitung „Information“, die schon seit längerer Zeit für eine endgültige Beilegung aller Streitigkeiten eintritt. Aber auch dieses Blatt sagt: „Auf jeden Fall kann man nicht mehr auf deutsche Zahlungen rechnen. Was glauben wohl, daß die Reparationen heute morgen begangen werden. Wir legen aber fest, daß es ein Ziel ist, auch festsetzen zu wollen, wobei die geschätzten jährlichen Einflüsse möglichst genau mitzuerrechnen, denn es kann einmal in Paris zur Zeit passieren, daß man in ein belarische Weltanschauung gleich vier französische Betten des deutschen Reichsanstalts findet. Charakteristisch für diesen Stimmungsumschwung ist seine Fotografie, die das zum Nationalismus neigende, am stärksten verbreitete Reichsblatt „Le Petit Journal“, heute in größtem Format auf der ersten Seite veröffentlicht. Reichsanstalt von Paris und der politische Außenminister Javalis drücken sich freundschaftlich die Hände. Unter ihnen steht MacDonald gleichsam als Friedensstifter.

Auch die Erklärungen des Reichsanstalts in Paris sind ausgesprochen günstigen Eindruck gemacht. „In den Konsolidierten“, so verbreitet heute nachmittag Genoa aus Konsolidierte, „hat man sich begnügt, sich auf der Courtoise und zu dem Willen der Vernehmung, die der Reichsanstalt an den Tag legt.“ Immer wieder haben die französischen Blätter rühmend hervor, in wie elegantem französisch Japan sich ausgedrückt verhalten. Seit einigen Tagen gehört es aber gerade zum guten Ton, freundlich über von Paris zu reden, wobei die geschätzten jährlichen Einflüsse möglichst genau mitzuerrechnen, denn es kann einmal in Paris zur Zeit passieren, daß man in ein belarische Weltanschauung gleich vier französische Betten des deutschen Reichsanstalts findet. Charakteristisch für diesen Stimmungsumschwung ist seine Fotografie, die das zum Nationalismus neigende, am stärksten verbreitete Reichsblatt „Le Petit Journal“, heute in größtem Format auf der ersten Seite veröffentlicht. Reichsanstalt von Paris und der politische Außenminister Javalis drücken sich freundschaftlich die Hände. Unter ihnen steht MacDonald gleichsam als Friedensstifter.

## Bedingungen der Oesterreichhilfe?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung  
LAUSANNE, 17. JUNI

Die gemischte Finanzkommission des Weltbundes hat die österreichische Finanzsanftion sie heute nachmittag hier in Lausanne unter dem Vorhitz des schweizerischen Bundesrats Wahl zusammengetreten. Sie hat den Direktor der Oesterreichischen Nationalbank, Kleinböck, über die finanzielle Lage angehört und der Meinung Ausdruck gegeben, daß sie ihre technischen Arbeiten zur Vorbereitung des Vorhitzes von 300 Millionen Schilling an die österreichische Regierung zum größten Teil überlassen hat. Obwohl die Antworten der Regierung auf die an sie gestellten Fragen eingegangen sind, kann die Unterredung zu Ende gebracht werden.

Die Fragen an die Regierungen sind wirtschaftspolitischer Art und betreffen die Ausweitung des österreichischen Wirtschaftsbereiches. Die währungsrechtlichen Arbeiten der Finanzkommission beschäftigten sich hauptsächlich mit der Frage der Ausgleichung des inoffiziellen Schillingkurses mit dem offiziellen Kurs. Die Kommission hat sich auf einige Tage vertagt.

## Militärischer Wert der Zivilluftfahrt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung  
GENÈVE, 17. JUNI

Die Luftkommission der Bräutigamskonferenz hat heute ihre Beratungen über die militärische Entgeltung der zivilen Zivilluftfahrt auf Grundlage des spanischen Entwurfs vorgelegt. Dazu hat der deutsche Delegierte Brandenburg einen Fragebogen überreicht, der zur Klärung einiger Befragten führen soll. Zivilluftfahrt bedeutet hier die Beförderung einer so großen Aufgabe wie der Schaffung eines Weltverkehrs für Flugkraft sich nicht zu überlassen und sich genau Arbeit darüber zu schaffen, was eigentlich der militärische Wert der zivilen Zivilluftfahrt ist und zwar in bezug auf die nationale Verteidigung als Offensivwaffe, als militärisches Hilfsmittel und für militärischen Gebrauch zusammen mit Militärflugzeugen. Dabei muß unterschieden werden zwischen Staaten, die eine militärische Luftflotte besitzen und solchen, die ausschließlich über eine Zivilflotte verfügen.

Weiter ist eine wichtige Frage zu konstatieren, welchen militärischen Wert das Flugpersonal von Zivilflugzeugen besitzt. Die Kommission hat auf dem Fragebogen nicht logisch Stellung genommen, inwiefern dem Delegierten zum Studium empfohlen.

## Kein Krieg ohne Volksabstimmung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung  
PARIS, 17. JUNI

Reichsgesichter Paul Boncour teilte heute nach seiner Rückkehr aus Genf der Presse mit, daß er den Inhaberschaften des Kriegesinstitutes für das kommende Parlamentarische nach einem an die verschiedenen Ministerien mit dem Erlaß von weite Einverständnis mit dem einzelnen Parlament zugestimmt hat. In dem Maße, in dem in Genf positive Resultate erzielt

werden, sollen dann umfangreichere Einschränkungen vorgenommen werden.

Der Abgeordnete Abrams (radikale Linke), der während des strengen Interaktionsreferat im Parlament eintreten wollte, ist zum Ausschuss mit dem Vorhitzenden der Vereinigung der Schwereindustriellen, dem Finanzminister Genet (unabhängige Linke) in der Kammer eine Resolution eingebracht, die über die Bildung des Weltbundes dazu verpflichtet ist, in seine Verfassung eine Volksabstimmung über den Entschluß zu einem Krieg aufzunehmen. Beide führen zur Begründung ihres Votages an, von den Millionen von Frontkampfern des letzten Krieges ist jeder mit der Überzeugung zurückgekehrt, daß die Weltkriege ihnen persönlich nichts eingetragen hätten und auch keinem der beteiligten Völker zum Nutzen gereicht hätten.

## Minister von Schleicher über Diktatur und Parlament

Reichsminister von Schleicher ist zu dem Vertreter einer französischen Nachrichtenagentur für über innenpolitische Fragen Deutschlands gelaufen. Nach Feststellung von zufälliger Seite hat er dabei auf die Frage nach der Diktatur erklärt, daß es eine Diktatur, die sich auf die bewaffnete Macht stützt, für einen Aufbruch hätte, denn sie wäre zum Wohlfühl neuerwelt. Zur Frage, ob das Parlament nach den Wahlen ausgeschaltet werden solle, hat er erklärt, die Regierung beabsichtigt durchaus nicht, den Reichstag auszuscheiden; Voraussetzung ist allerdings, daß der Reichstag tätig ist, seine Aufgaben zu erfüllen.

Andere Themen sind, wie erklärt wird, nicht berührt worden.

## Angst vor der eigenen Courage

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung  
LEIPZIG, 17. JUNI

In der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof über die Klage der deutschen Nationalen Landtagsfraktion auf Feststellung der Verfassungsmäßigkeit der Sparnotverordnung gegen das Land Preußen erzielte sich eine bemerkenswerte Episode:

Der Klägerseite Staatsrat Dr. Seemann-Gagbert äußerte plötzlich Bedenken wegen der bösen Wirkungen, die eine dem Klagebegehren stattgebende Entscheidung auf die Gemeindefinanzen ausüben müßte, und regte an, man möchte sich doch um eine Formulierung bemühen, die geeignet wäre, beachtliche Folgen zu vermeiden.

Prozessor Felmeid, obwohl auf der gleichen Parteifliege wie Seemann befindlich, meint, dessen Vorgesetzter entsprende wohl der Erwägung, daß die Deutschnationalen vielfach schon bald selber in der Lage seien, sich gegen die Klage zu wehren und damit das Schweregericht wie das letzte Preußenkabinett zu kämpfen haben würden.

Seemann erwiderte ausweichend, die Bedenken seien lediglich persönliche Überlegungen entsprungen.

# Wiederkehr mit Kravall

## Am ersten Tag der widererstantenen S.-A. überall Zusammenstöße

Der erste Tag der Aufhebung des Uniformverbotes hat manche Befürchtungen bestätigt. In allen größeren Städten ist es zu Zusammenstößen gekommen, bei denen eine ganze Anzahl von Personen verletzt wurden. Auch das in Bremen noch bestehende Demonstrationsverbot hat in Breslau zum Beispiel nicht verhindern können, daß eine geflüchtete Kolonne von uniformierten SA-Leuten die Stadt durchzog.

In Hamburg wurden mehrere Polizeibeamte, die damit beauftragt waren, die Verhaftungen der Kommunisten und Nationalsozialisten zu beschleunigen, überfallen. Es wurde blutig gekämpft und zwei Wachmeister brachten mit schweren Wunden ins Krankenhaus. Außerdem trugen eine Frau und zwei Männer Verletzungen davon.

In Berlin ist an der Ecke Frankfurter Allee und Gürtelstraße gestern Abend zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten zu einer schweren Schlägerei gekommen, bei der es auf beiden Seiten Verletzte gab. Die Polizei mußte einsteigen und nahm drei Nationalsozialisten und einen Reichsbannermann fest. Ein Sündenburschdom in Vriederhöfe wurde ein Polizeibeamter, der am Tage vorher zwei Nationalsozialisten einbringen mußte, um 25 in gefänglichen Züge mitzuführenden unterirdischen Nationalsozialisten beschuldigt. Die Reichsbanditen verurteilten dem Beamten den Tod und riefen: „Schickt ihn runter“. Dem Bedrohten gelang es, das Überfallkommisariat zu alarmieren.

In Duisburg wurde ein Reichsbannermann von Nationalsozialisten niedergeschlagen und schwer verletzt. An einer anderen Stelle der Stadt brachte ein Nationalsozialist einen angeblich parteilosen Schloffer mit einem Messer eine schwere Stichwunde bei. Der Nationalsozialist wurde verhaftet. In Essen kam es zu einer schweren Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Zwei Beteiligte fielen durch Schüsse verletzt worden. In Leipzig waren die Streifenwagen der Polizei häufig unterzogen. Es gelang, schwere Zusammenstöße zu verhindern. In Stuttgart kam es zu Schlägereien ohne erstere Folgen.

## Das bayrische Uniformverbot

Die Bayerische Regierung hat für das neue Uniformverbot eine gesetzliche Grundlage dadurch geschaffen, daß dem Polizeiverordnungsbuch und dem Gesetz des 8. 6. der Bayern die Befugnis zur Erhebung der öffentlichen Ruhe und Ordnung eine neuen Artikel eingefügt hat. Danach können die bayerischen Polizeibehörden Anordnungen mit vorübergehender Geltung erlassen.

Ueber den rechtlichen Charakter des Uniform-Verbotes schreibt die offizielle Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei, das Verbot besetze sich ausschließlich auf Landesverordnungen. Eine Befreiung durch Reichsrecht liege nicht vor. Die Regierung habe die Mäßigkeit, die erlassene Verordnung, soweit es sich um eine Ergänzung des Polizeiverordnungsbuches handelt, sofort durch den Landtag in gesetzliche Formen bringen zu lassen.

Die Hamburger Polizeibehörde weiß in einer Bekanntmachung darauf hin, daß das am 13. Juli 1931 für das Hamburger Staatsgebiet erlassene allgemeine Demonstrationsverbot nunmehr auch den Reichsbannerleuten in dem früheren Wortlaut gelten solle. In den letzten beiden Wochen vor der Reichstagswahl Erkundigungen vorgenommen werden.

## Protest der N.S.D.A.P.

Die Reichsleitung der N.S.D.A.P. hat gegen die Uniformverbote der Parteien und der Reichsbanner die Proteste der Reichspräsidenten und den Reichsinnenminister Proteste eingereicht, in denen die Aufhebung des Verbots von Reichs wegen gefordert wird.

Die nationalsozialistische Fraktion im Bayerischen Landtag hat, wie sie mitteilt, wegen der Aufhebung der nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten auf 20 Sitzungstage Klage beim Bayerischen Staatsgerichtshof eingereicht.

## Reich hebt die Länderverbote nicht auf

### Rundfunkrede des Innenministers

In der Reichsregierung vorbestehenden Rundfunkabend sprach gestern Abend Reichsinnenminister Freiherr von Engel über die neue Verordnung gegen politische Ausreitungen.

Die neue Reichsregierung wolle, daß jeder Deutsche im Rahmen der Verfassung und der Gesetzgebung politisch tätig sein dürfe. Seine Partei folle in dem beginnenden Wahlkampf sich mehr befreit fühlen als die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung es zwingend erfordere. „Die Presseverordnungen“, die der Innenminister fort, „besonders über das Verbot von Zeitungen, sind geändert. Ich habe gestern die Presse verboten, sich heute noch zu überlegen, ob ihre Artikel und Nachrichten dem Wohl Deutschlands frommen oder nicht. Ich hoffe, daß die deutsche Presse, deren hohe Bedeutung mit Recht bewußt ist, auch im Wahlkampf und in ihren Auseinandersetzungen mit der Regierung keinen Anstoß mehr zu Verboten geben wird.“

Wichtig ist an dem Tage gerichtet, warum die Reichsregierung in den ersten Tagen ihres Bestehens nicht sofort gegen Blätter eingegriffen ist, durch die sie leider teilweise und größtenteils beschimpft wurde. Man hat fähigstei logie diese Zurückhaltung als Schwäche und Angst vor der eigenen Gewalt ausgelegt. Die Regierung wolle aber zuerst einmal volle Freiheit lassen, um selbst beobachten zu können, wie die Dinge sich entwickeln. Man solle zunächst die Bewegung rechtschaffen ist, beginnt auf diesen Gebiet ein neuer Abschnitt. Der fortan den Anfang ansetzen wird, den sie ordnungsmäßig und verfassungsmäßig Regierung verlangen muß, wird die neue Notverordnung verpassen. Die Reichsregierung will nicht kleinlich sein, wenn in der Folge des Wahlkampfes einmal härtere Worte fallen, lie ist aber zur Wä-

rung der Staatsautorität entfallen, große Demonstrationen durch sofortige Verbote zu beantworten.“

Freiherr von Engel ging dann auf die Vorkehrungen über die politischen Verbände ein und sagte sich insbesondere mit den Bedenken gegen die Aufhebung des Uniformverbotes auseinander. Die Stellung der Reichsregierung bedeute sich mit der Aufhebung, die der Reichspräsident in seinem Brief an ihn, den Reichsinnenminister, niedergelegt habe.

Zum Schluß wachte sich der Reichsinnenminister der Frage zu, ob die Landesregierungen hierfür das Recht haben, trotz der

# Die Antwort des Reichsbanners

## Auf die Aufhebung des S.-A.-Verbots

Die Bundesbesetzung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold richtet einen Aufruf an seine Mitglieder, in dem die durch die Aufhebung des S.-A.-Verbotes bedingte Wiederabteilung der SA-Formationen begründet wird. Es heißt in dem Aufruf u. a.:

Es war nicht unter Wille, eine neue Mobilisierung der SA durchzuführen. Wir sind und bleiben Gegner jeder Art von Privatarmee. Nicht, um selbst Staatsgewalt zu sein, haben wir uns zusammengeschlossen. Unser Ziel war und bleibt: die Autorität der Deutschen Republik nach außen und nach innen zu stärken und zu festigen. Wir kennen aus der Erfahrung von mehr als zehn Jahren die Gefahren, die dem Staat und jedem einzelnen Bürger aus der Duldung privater Armeen drohen.

Auf Grund privater Parteibestimmungen hat die Regierung von Bayern von Ost- von Schlesien den SA-Verbandsführern den nach anderer Überzeugung verbotlichen Status gegeben, die Privatarmee eines Mannes wieder entstehen zu lassen, der schon einmal, im Jahre 1923, den Bürgerkrieg entzündete. Mißbrauch der Demokratie ist die Grundlage der sogenannten nationalsozialistischen Bewegung.

In Theorie und Praxis ist Gesamtanwendung gegen Staat und Bürgerrecht die Aufgabe, die jeder Parteimitglied gestellt ist. Wir lassen uns im Gebrauch unserer Bürgerrechte durch organisierten Terror nicht bestechen. Wir nehmen alle Rechte in Anspruch, die irgendeiner anderen politischen Gruppe gegeben werden.

## Ohne Präsidial-Wirtschaftsbeiträge

### „Ueberregierung“, die nicht geplant ist

Der Reichswirtschaftsminister Wernbold wollte, so meldeten gestern einzelne Blätter, die erneute Übernahme eines Parteifunktionärs in der Reichsregierung u. a. davon abhängig gemacht haben, daß er mit Hilfe eines dem Reichspräsidenten unmittelbar zu unterstellenden „Präsidial-Wirtschaftsbeitrags“, bestehend aus Generaldirektor Schmitz von J. O. Farben, Staatssekretär a. D. Professor Popitz und Präsident Wagemann am Staatlichen Reichsamt, ein besonderes Sekretariat gegenüber dem Reichspräsidenten ausrichten. Der „Präsidial-Wirtschaftsbeitrag“ sollte angeblich Meinungsverschiedenheiten über wirtschaftliche Fragen zwischen Wernbold und einer Mehrheit des Reichsabinetts als übergeordnete Instanz entscheiden.

Amlich wird diese Nachricht als „völlig irrig“ bezeichnet. In dem Dementi heißt es: „Weder ist über eine derartige Organisation verhandelt worden, noch hat man etwa mit einzelnen Persönlichkeiten, wie sie in der Presse genannt werden, Absprachen genommen. Es ist selbstverständlich, daß sich auch die neue Reichsregierung des Status und der Mitarbeit von führenden Männern des Wirtschaftslebens bedienen wird, wo dies zweckmäßig erscheint.“

\*

Mit dieser im letzten Satz ausgesprochenen Auffassung wird man sich durchaus einverstanden erklären können. Fraglich ist nur, ob es zweckmäßig ist, hier etwa das „System“ Döllinger aus insofern zu kopieren, als man, wie einst unmittelbar nach dem Bankrottfall im vergangenen Juli, einen besonderen Wirtschaftsbeirat bestellt. Dabel ist entsprechende der totalen Gewinnsteigerung der Regierung. Während in jenem Wirtschaftsbeirat das Arbeitsnehmer-Element nicht einfach übergeben worden, aber schon damals überweg den Einfluß der Bankiers und der Industriefunktionäre. Wenn die Reichsregierung, wie es ihr Recht und ihre Pflicht ist, sich Rat und Mitarbeit aus der Wirtschaft sichern will, so hat ihr dafür die Reichsverfassung, die eben nicht nur gelobt, sondern auch fordert und angewendet zu werden verdient. Den SA in seinem Ziel, die Verletzung von Schiedsgerichten außerhalb des Rahmens für die Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Rahmens ist weder mit dem Geist noch mit dem Buchstaben der Reichsverfassung zu vereinbaren. Eine Regierung, die ihren Namen verdienen will, kann deshalb eine solche Selbstabdankung nicht vollziehen, und so ist die Entschiedenheit des amtlichen Dementis eine Selbstverständlichkeit.

Ganz unzulässig wäre natürlich gar die Schaffung eines dem Reichsabinetts übergeordneten Oremiums. Zu regieren hat die deshalb auch so benannte Reichsregierung. Es ist ein Kollegium, das nach Mehrheit entscheidet, wobei der Reichsminister die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat. Die Bestimmung von Schiedsgerichten außerhalb des Rahmens für die Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Rahmens ist weder mit dem Geist noch mit dem Buchstaben der Reichsverfassung zu vereinbaren. Eine Regierung, die ihren Namen verdienen will, kann deshalb eine solche Selbstabdankung nicht vollziehen, und so ist die Entschiedenheit des amtlichen Dementis eine Selbstverständlichkeit.

erlassenen Reichsverordnung Verbote aller Art zu erlassen und erfüllt:

„Die Reichsleitung hat klar. Was in der Verordnung ersichtlich geregelt ist, wie zum Beispiel die Zulassung der politischen Organisationen, ist zwingendes Reichsrecht und bricht nach allem Maßstab bestehendes Landesrecht. In die öffentlichen und Rechte der Länder, durch politische Maßnahmen Etablierungen der Ruhe und Ordnung vorzugehen, und mit der Verordnung nicht eingreifen. Was die Länder auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung über Bestimmungen unter freien Himmel ausüben anordnen zu müssen, bleibt ihr Recht. Solche Anordnungen nach der Reichsinnenminister nicht aufheben. Wer sich von ihnen befreit fühlt, kann die nach Landesrecht gegebenen Reichsämter dagegen anwenden.“

Nach einer Bemerkung des Innenministers soll nunmehr eine Pause in den Rundfunkreden der Reichsregierung eintreten.

# Die Antwort des Reichsbanners

## Auf die Aufhebung des S.-A.-Verbots

Die volle Verantwortung für die aus der Erfahrung und der Bestätigung einer Privatarmee notwendigerweise entpringenden Gefahren für das ganze deutsche Volk trifft die gegenwärtige Reichsregierung.

## Empfang bei Gayl

Die Bundesbesetzung des Reichsbanners, vertreten durch den ersten Bundesführer Höltermann, durch die Reichstagsabgeordneten Kemmer und Jertl, haben in einer Unterredung mit dem Reichsminister des Innern, Freiherrn von Engel, die Fragen erörtert, die sich aus der Aufhebung des Uniformverbotes ergeben. Von der Leitung des Reichsbanners wurde vorgeschlagen, die Notverordnung, soweit sie das Uniformverbot aufhebt, bis zum 31. Juli, dem Wahltag, wenigstens zu suspendieren.

Dieser Vorschlag wurde deshalb gemacht, weil dadurch alle Verbände gleichmäßig betroffen werden und das Uniformverbot keineswegs als eine Ausnahme gegen die S.-A.-Verbote angesehen werden kann.

Bei dieser Gelegenheit wurde dem Reichsinnenminister nachgeteilt, daß die Verleumdungen der Sündenburschdom für den Reichsbanner 9 Tote und 814 Verletzte abwarf. Außerdem schweben noch eine große Anzahl Strafverfahren gegen Reichsbannerleute. Diese Strafverfahren haben größtenteils ihren Anlaß in der Abwehr nationalsozialistischer Angriffe während des Wahlkampfes am Sündenburschdom.

## Klaus Heim in Freiheit

Auf Grund des Entschuldigungs-Antrages des Preussischen Landtags hat der Preussische Justizminister die sofortige Entlassung der noch im Haft befindlichen Beurteilten aus dem kleinen und großen Bombenleger-Prozess angeordnet. Der Bauernführer Klaus Heim ist aus der Strafhaft in Celle bereits entlassen worden.

## Die Kriegsschiffe bei Schaffer

Reichsarbeitminister Schaffer hat gestern die Vertreter der Reichsarbeitgebervereine empfangen. Ueber den Empfang wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: Der Minister betonte, daß ihm die Angelegenheiten der Kriegsschiffbauern nicht nur Sache des Verbandes und der finanziellen Überlegungen, sondern vor allem auch eine Herzangelegenheit sei. Dies habe er auch unter der neuen Führung des Reichsarbeitministeriums sein besonderes Interesse den Opfern des Krieges angedeutet. In der Absprache wurde dann verschiedene Wünsche der Verbände vorgebracht. Zum Schluß erklärte der Reichsarbeitminister, daß er auf eine gegenseitige vertrauensvolle Zusammenarbeit rechne.

## Streit um Kartoffel-Flotten

„In unserm Artikel „Zum Vorkampfe bis zum Ziel“ hatten wir unter anderem am dem Bericht des Rechnungsausschusses des Reichstages die Feststellungen über die „Kartoffel-Flotten-Zentrale“ als Beispiel für die Verwendung von Reichsgeldern wiedergegeben, und zwar unter deutlicher Kennzeichnung als wirtlich falsch. Die „Kartoffel-Flotten-Zentrale“ findet, daß die Requisitionen des Rechnungsausschusses unrichtig sind. Eine Klage zu diesem Zwecke Stellung zu nehmen, möchten wir von folgender Entschcheidung der Kartoffel-Flotten-Zentrale Kenntnis geben:

Die Kartoffel-Flotten-Zentrale ist keine G. m. b. H., sondern eine eingetragene Genossenschaft, die aus freier Initiative der Kartoffelrodner gegründet wurde. Der Zentrale sind weder vom Reich Aufgaben gestellt noch irgendwelche Geldmittel vorgezogen worden. Sie hat lediglich zum Zwecke der Gewinnung von Lombard-Darlehen an die in angloamerikanischen Staaten Kapital erhalten, dessen Zinsen, regelmäßig und planmäßig zurückgezahlt werden. Das Reich hat durch die Kartoffel-Flotten-Zentrale in den letzten zwei Jahren fast 81/2 Millionen Zentner Kartoffel-Flotten gelauft. Es ist selbstverständlich, daß mit dem Erwerb dieser Menge ein erhebliches Risiko übernommen wurde. Es ist ferner selbstverständlich, daß auch bei einer bestehenden Preisflaute bei einem solchen Umfang ein Gewinn erzielt werden muß.“



# Skandal um Zucker

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MOSKAU, 17. JUNI

Das riesige Kartell in Ostindien, das fast mehrfachen Beschlag in der Zeitung und gründerische Propaganda immer noch außerordentlich hart hinter dem Produktionsfeld zurückbleibt, ist Mittelpunkt eines großen Skandals geworden, der wiederum zur Ablehnung der Direktion und der leitenden Angestellten führte. Wie die Kontrollorgane der Partei feststellten, hat das Kartell von anderen Sammel-Erträgen Befragungen durch wagnervolle Verleumdung von Zucker und Konzentration angenommen, die dadurch in der Zeitung mit größter Vorsicht werden sollten. Dieser Zucker wurde an die Angestellten und Arbeiter verteilt, die sonst nur sehr mangelhafte Rationen erhalten. Außerdem hat das Kartell mit dem Zucker einen Handel getrieben.

# Korfanthj demonstriert

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRESLAU, 17. JUNI

Der Korfanthj ist der Rattowitzer Feiertag der jährlichen Bürgerfesttage Osterschlesens zu Polen am 20. Juni hat sich mittlerweile hauptsächlich zugespitzt. Nachdem eine Einigung zwischen dem Botenorden Gragnoffi und Korfanthj ergebnislos geendet ist, hat dieser einen öffentlichen Aufruf zu einer „oberirdischen“ Feiertag erlassen, die offensichtlich als große Demonstration der politischen Oppositionsparteien gegen die Regierung gedacht ist. Korfanthj, der 1922 Ehrenbürger des Empfangsamtens der politischen Gruppen in Rattowitz war, unterzeichnet den Aufruf offensichtlich als „Senator und ehemaliger Richter“ und „Korfanthj“. Gleichzeitig kündigt er eine große gründerische Rede an.

Der 20. Juni wird je weniger außenpolitisch als innenpolitische Demonstration bringen, wenn nicht die Regierung furchtbar das gesamte Fest- und Demonstrationstrogramm Korfanthj unterbindet.

# Hyton-Bericht verzögert sich

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 17. JUNI

Der Generalsekretär des Völkerverbundes veröffentlicht ein Telegramm der nach der Möglichkeit der weiteren Zentren-Berichte, worin diese Bericht gibt, daß sie erneut nach Japan reisen werde, und erst danach den Bericht für die außerordentliche Völkerverbundversammlung feststellen werde. Die Kommission hatte bis jetzt als letzten Termin für die Fertigstellung Mitte August angegeben. Nun ist eine weitere Verzögerung über die vom Völkerverbund vorgeschriebenen sechs Monate hinaus bis Mitte September notwendig geworden.

# Die baltischen Nichtangriffspakte mit Moskau

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

RIGA, 17. JUNI

Zwischen Estland und Rußland wurde eine Konvention über die Beilegung von Streitigkeiten durch eine Schlichtungskommission unterzeichnet, wie sie Rußland auch mit Deutschland und Finnland abgeschlossen hat. Die Konvention ist als Ergänzung zum Nichtangriffspakt gedacht, dessen baldige Ratifizierung nun nicht mehr im Wege steht. Eine gleiche Schlichtungskonvention zwischen Estland und Rußland bildet noch Gegenstand intensiver Verhandlungen. Die Unterzeichnung dieses Vertrages dürfte unmittelbar bevorstehen. Mit der Ratifizierung des Nichtangriffspaktes durch das lettische Parlament ist dann noch in den nächsten Tagen zu rechnen.

# Gefandter Wilmans

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

RIGA, 17. JUNI

In nächster Zeit bezieht Lettland seine diplomatischen Vertretungen in den wichtigsten Hauptstädten Europas neu, so in Berlin, London, Moskau, Paris. Der neue Gesandte für Moskau ist der langjährige Ständehaus-Unterminister Dr. Alfred Wilmans. Im Verlauf seiner vielseitigen Tätigkeit als Leiter der Presseabteilung und Delegierter Lettlands auf zahlreichen internationalen Kongressen hat Dr. Wilmans seinem Lande und sich selbst weit über die Landesgrenzen hinaus Ehrentitel erworben, die ihn auch auf seinen neuen, schwierigen Posten begleiten.

# Sakentanz in der Schweiz verboten

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ZÜRICH, 17. JUNI

Die schweizerische Bundesregierung hat beschlossen, die deutschen Staatsangehörigen in der Schweiz und in den Grenzgebieten des Schweizer Landes zu untersuchen, ob sie nicht Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei sind. Die Untersuchung wird durch die Bundesregierung der schweizerischen Bundespräsidenten Braun geleitet werden. Eine Reihe weiterer deutscher Staatsangehöriger ist unter Verdacht der Ausweisung vermerkt worden. Ferner hat die schweizerische Bundesregierung eine Verordnung beschlossen, die das Tragen von Brautkränzen und von Blumen der Nationalsozialistischen Partei verbietet.

# De Valera findet einmütigen Widerstand

Oppositionsredner Lloyd George unterstützt das „Niemand“ der Regierung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 17. JUNI

Irland-Debatte im Unterhaus. In Fortsetzung des einmütigen nach dem Reize war das eine ständig wiederkehrende Lebensfrist. Dann war es jährelang ruhig. Jetzt wird man wieder häufiger davon hören. Heute war die erste dieser Debatten und gleichzeitig das erste Auftreten Lloyd Georges in dieser Parlamentsperiode, unter dessen Vorsitz im Jahre 1921 England seinen Frieden mit Irland machte. Der Minister für die Dominionen Liam Cosgrave, unterbreitete dem englischen Parlament die in den letzten Verhandlungen in Dublin und in London und in einer heute in Downingstreet eingelaufenen Note de Valeras vorgebrachten Wünsche und aufgestellten Bedingungen des neuen nationalirischen Kabinetts in Dublin. Sie sind bekannt: Wiedereinigung der unter dem Namen Ulster vom irischen Freiland abgetrennten fünf nördlichen Provinzen, das Wiedereinsetzen Irlands eine „letzte“ Republik, aber in Irlands-einem noch fehlenden Zusammenhang mit dem britischen Staatenbund, und Anerkennung der monarchischen Spitze dieses Staatenbundes. Als weitere Forderung die Überweisung an ein internationales Schlichtegericht von Streitfragen über die Gestaltung der Bodenbesitzungen an England.

Die Rede, in der Thomas die Forderungen und Bedingungen verwarf, die „eine britische Regierung anzuerkennen würde“, wandte sich hauptsächlich gegen den einseitigen Vertragsentwurf. Jeder Vertrag, nach dem damals mit Irland geschlossen, ließ die Möglichkeit späterer Entzweiung und Auflösung offen. Die Wiedereinigung der beiden irischen Gebiete ist nicht nur ein Wunsch Südirlands, aber es würde eine englische Regierung Ulster zu dieser Vereinigung zwingen, und die von de Valera eingeschlagene Methode ist ferner, die für die irische Seite, um eine solche freiwillige Wiedereinigung vorzubereiten.

Von seinem Platte auf der ersten Oppositionsdebate neben dem Führer der Arbeiterpartei Lansbury erhielt sich dann Lloyd George zu seiner ersten Rede in diesem Haus. Von allen

Seiten, auch von den Konventionen, begrüßen ihn laute Zurufe, die freundschaftliche Begeisterung umfassen, als er sein Redewort ausdrückt, daß die erste Rede, die er von Oppositionsstand aus halte, eine Rede zur Unterstützung und zur Beilegung der Regierung in ihrer Haltung gegenüber den „Dutzend“ sein darf einzigartig. Ausführungen de Valeras lieh und für die Art, mit der die irische unzeitliche Anlegenheit behandelt habe. Niemand wollte einen Streit mit dem irischen Volk. Aber das Vorgehen de Valeras verstoße gegen Treu und Glauben, und das Verlangen nach „unbeschränkter Souveränität“ für den irischen Staat könne schon mit der Sicherheit der englischen Insel in einem etwaigen Krieg willen von keiner britischen Regierung ausgehen werden.

Nach Lloyd George sprach sich für ein wiedereinsetztes Irland aus, aber auch er betonte, daß er bei der falschen Frage lag, um dieses Ziel zu erreichen. Irland sollte aufhören, immer von den Greenleuten vor hundert Jahren zu sprechen. Damit käme man nicht weiter, und was das betreffe, so könne auch er kein Sprüchlein gegen die „Saehjen“ sagen. Nur ihre uralte Unterdrückungsmethode, die sie diese Insel England eroberten, lieh sich, daß heute diese Irlande in diesem Punkte nicht in seinem heimatischen Maßstab gehalten würde.

Nachdem Deiterell und Apollus ihr gelegentlich, verzögerte die als Rede vorgelegten Wilschens Grundhalt, auch einer der Unterzeichner des irisch-englischen Vertrags, mit einem Kompliment für Lloyd George auf das Wort, und ebenfalls der andere noch anwesende Ministergeheimrat, Sir Austen Chamberlain.

Am gleichen Nachmittag sprach im irischen Parlament de Valera über das gleiche Thema. Er könne den Standpunkt der britischen Regierung nicht verstehen. In Kaufman lege sich gegen die Entscheidung der internationalen Schlichtungen ein, weil sie die Staaten ruinieren, und in Irland verlange das gleiche England sein Pfund Fleisch. Er habe in die Wilsch, in diesem Punkte nachzugeben. Aber er wüßte in eine von dem früheren Staatspräsidenten Cosgrave geforderte Debatte für nächste Woche ein.

# Letztland wird sich selbst untren

Schikanen gegen die Minderheiten zerstören die Autonomie

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

RIGA, 17. JUNI

Der Leiter des deutschen Bildungswesens in Lettland, Dr. h. c. Bachmann, erklärte öffentlich sein Äußerlich. Er hat gebietet seinen Schritt in einem Schreiben an die Deutsche Regierung damit, daß er die Verantwortung für Gift und Pesten der deutschen Schulen nicht mehr tragen könne, weil nicht mehr die Voraussetzungen dafür gegeben sind, daß er seine Amtspflichten im Sinne des Gesetzes ausüben kann.

Unmittelbar vorläufige des Rücktritts sind die Eingriffe des lettischen Bildungsministers Rehinisch in das Geschehen der Minderheiten, die mit den bisher geltenden Gesetzen in Widerspruch stehen. Der jüngste Schritt des Bildungsministers betrifft den letzten Teil der Schulautonomie, indem er den Minderheits-Grundschulden einen fertig ausgearbeiteten Studienplan vorschreibt, der das Lehrprogramm und das Niveau der deutschen Schulen vollständig überändert. Unter diesen Umständen hat sich der verantwortliche Leiter des deutschen Schulwesens nicht mehr imstande, sein Amt weiterzuführen.

\*

Was überall im zerfallenen Europa die Führer der Minderheiten den Kampf gegen die nationale Unterdrückung führen, hatten sie bisher zwei Vorbilder, auf die sie verläßbarste Organe ihrer Heimaten konnten: die kleinen baltischen Staaten Lettland und Estland. Seit oben an der Ostsee liegend war in der nach dem Zusammenbruch des russischen Zarenthums entstandenen jungen Republiken ein großartiges Minderheitenrecht geschaffen worden, das ihren fremden Nationalitäten kulturelles Eigenleben sicherte und sie dadurch sehr eng mit dem Staat verknüpfte. Die Kulturautonomie, die Lettland und Estland gewährten, hat sich als Vorbild für die Teile, für die Weisheit wie für die Minderheit, erwiesen, und es ging viele Jahre lang ausgedehnt.

Aber allmählich hat sich besonders in Lettland ein Chauvinismus entwickelt, der sich, da er auch keine Minderheiten-Vertretungsmöglichkeit hatte, mit gefährlicher Eizität gegen die fremdenationalen Bürger des eigenen Staates richtete und der das bis dahin harmonische Zusammenleben im Innern gefährlich machte. Was unseren Nationalisten das „System“, das ist den lettischen die deutsche Minderheit — immer mehr ein Feindbild geworden ist, wenn die wirtschaftlichen Grundbedingungen dringlich werden sind.

Allerlei innerpolitische Differenzen paßt man nun in Lettland auf dem Rücken der Deutschen aus. Die deutsche Pöbelliche Minderheit wurde hartnäckig enteignet, und eine Fülle von kleinen Habellist-Verordnungen besitzte ein gesetzlich festgelegtes Minderheiten-Privileg nach dem abern. Erst konnte man hoffen, nur der Wahlkampf trete in giftige Blüten. Aber es wird immer klarer, daß Systeme in der Gänge liegt. Heute ist es schon so weit, daß das deutsche Bildungswesen, auf dessen geistige Existenz man so lange mit Recht stolz war, die einfachsten Grundregeln hat. Mit dem Zusammenbruch der deutschen Minderheitenminister eine Entlung des Unterrichtswezens durch, ver-

bleibt Schülern der einen Nationalität den Besuch in Minderheitsschulen der anderen nicht. So, er verläßt beispielsweise, daß in den jüdischen Schulen, deren Unterrichtsprache grobenteils Deutsch war, den allseitigen Gebrauch des Hebräischen über das jüdischen Jargon.

Letztland ist sich selbst untren geworden, es hat seinen weltlich veränderten Ruf, einer der wenigen Monarchie des Fortschritts auf dem Gebiet des Minderheitenrechts zu sein, sich selbst auf Kopf gestellt. Es muß sich sehr hart fühlen, wenn es so großen Gruppen lokaler Staatsbürger wie den Deutschen ihr Recht nimmt.

Aber kann dieser keine Office-Gaai sich das wirklich auf die Dauer leisten...?

phil.

# Gefährdung der Minderheit

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSCHAU, 17. JUNI

Berichte der Nationalsozialisten, die Agitation ihrer Partei über die Weidrengung hinaus in die deutsche Minderheit in Polen zu tragen, haben der Hilfspartei zum keinen Erfolg. Dem Deutschen der abgetrennten Gebiete aber politische Verlegenheit gebracht. Ein Bericht des „Wilmans Beobachters“ über angebliche Hiltre-versammlungen in Ost- und anderen Teilen des ehemals preussischen Gebiets, der von Weidrengung hinaus über die dortigen rechtlichen und politischen Verhältnisse sprach, ist sofort von der deutschdeutschen politischen Presse aufgegriffen und zur Verberichtigung der deutschen Minderheiten ausgenutzt.

Es ist das am weitesten reichende unter den deutschen Blättern in Polen, die „Bromberger Deutsche Rundschau“, die sich daraufhin (hört) gegen die unpolitische und übertriebene Berichterstattung der Nationalsozialisten wendet und erklärt: „Wir müssen uns vor aller Welt hagen vermahnen, daß der friedlichen Minderheiten in Polen hausewärtige Neuzugungen in den Mund gelegt werden, die es bei uns nicht geben kann und darf.“

# Internationale Ferienkurse in Genf

Vom 16. bis 29. August 1932 finden in Genf Ferienkurse für Kinder statt, unter der Leitung des Engländer in Berlin und Weidrengung der Gegenwart statt. Insbesondere Mitglieder der Lehrerschaft und Studierende der Pädagogischen Seminaren werden eingeladen, Fragen der Weidrengungsbildung fernzulegen. „Nachhaltigkeit“ die Deutsche Liga für Weidrengung, Berlin W 35, Kottbener Straße 109a.

# Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugsendes ein täglich „Unterhaltungsblatt“ „Finanz- und Handelsblatt“ „Wochenblatt“ „Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ „Literarisches Umschau“ „Reise und Wanderung“ „Recht und Leben“ Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Postgebühren VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN & G., BERLIN













Der Landwirt braucht Welthandel, Zwang zur Deflation

v. Brauns erste Maßnahme: Erneuerung des Einfuhrchein-Sytems

Von Egon Reiche, Hamburg.

Die im gestrigen Abendblatt erwähnten Verhandlungen in...

Die Wiedereinfuhr ausländischen Getreides geht...

Der Verfasser widerlegt den Irrtum, daß die Krise...

Im Rahmen der im Reichsministerium für Ernährung und...

Anderer Heizen die Dinge beim Roggen. Dieser steht...

Alle Nationen und Parteien werden von Überlegungen...

Die Bedeutung dieses Beschlusses liegt vor allem darin...

Der Weizen, der im weiteren Verlauf des Erntejahres...

Der Streit geht letzten Endes darum, ob der universelle...

Die Zahlungsbilanz verbessert.

Noch nicht geregelt ist nach der amtlichen Mitteilung...

Zuerst muß ganz allgemein festgestellt werden, daß diese...

Direkt-Verkauf

Erfolg und Mißerfolg im Schuhvertrieb

Der „Direkt-Verkauf“ des Fabrikanten an den letzten Verbraucher...

kaufsfähigen vor erschlossen hatten, nicht, wie in den...

Diese einfache Überlegung zeigt, daß es noch andere...

Die Salmadorer AG. in Korwartheim, die vor wenigen...

Die schwerste Enttäuschung dagegen haben die Geschäfte...

Wie hat man sich nun eine solche Diskrepanz im Wirtschafts...

Bei früheren Abschlüssen anderer Gesellschaften war der...

Die Lehren dieser Entwicklung sind also nicht so vieldichtig...

Hieraus folgt nun aber noch etwas anderes, welches die...

Kein Nordwolver-Zwangsvergleich

Polemik des Konkursverwalters

Zu den Nachrichten, daß der Zwangsvergleich bei der Nordw...

geschäfte von 21 auf 19% Nominal vergrößert werden. Ein...

City optimistisch

Haussie in deutschen Werten

Haussie in deutschen Werten

An der Londoner Börse kam es, wie der „Vossischen Ztg.“...

Rückgang des Fundkurses. Am Devisenmarkt hat, wie der...

Schweizer Bundesbahnen-Anleihe. Die schweizerische...

Deutsch-russische Kreditverständnis. Die Schwierigkeiten...

Schweizer Bundesbahnen-Anleihe. Die schweizerische Bundesregierung...

Wie hier als Diskrepanz im Wirtschaftsfaßung bezeichnet...

Die Schwierigkeiten, die wie kürzlich von uns gemeldet, dem...

Schweizer Bundesbahnen-Anleihe. Die schweizerische Bundesregierung...

Wie hier als Diskrepanz im Wirtschaftsfaßung bezeichnet...

Die Schwierigkeiten, die wie kürzlich von uns gemeldet, dem...





Table with 2 columns: Stock symbols and prices. Includes entries like 87% fr. Rendite, 45% fr. Rendite, 6% 27 Amort., etc.

Table with 2 columns: Stock symbols and prices. Includes entries like 2 1/2% Consols, 3% Loan, 4% Loan, etc.

Schlachtsteuer-Baisse am Viehmarkt
BERLIN-FRIEDRICHSELDE, 17. JUNI
Wie zu erwarten war hat die angekündigte Schlachtsteuer auf sämtlichen Viehmärkten große Beunruhigung hervorgerufen.

Protest gegen neue Stahlzölle
Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Der Eisen- und Stahlindustrie Eberfeld beschäftigte sich in einer besonderen Sitzung unter dem Vorsitz von Dr. Franke mit der auftragsgemäßen Untersuchung der Industrie auf Erhöhung bzw. Ausdehnung des bestehenden Zollschutzes für Edelmetalle. An den Besprechungen nahmen auch Vertreter anderer, nicht zum Bunde gehörender Industriezweige teil, die als Verarbeiter von Edelmetallen daran interessiert sind.

Erleichterung der Altmaschinen-Ausfuhr
Industrieflicht-Bestimmungen bleiben

Die Richtungsangabe zum dringenden Protesten des Maschinenbauers Rechnung getragen und die Anfuhrzölle für gebrauchte Maschinen und Maschinenteile unter bestimmten Voraussetzungen etwas ermäßigt werden damit den Zulieferern Exporter Maschinen begünstigt, da bei der heutigen Kapitalmarkt der ganzen Welt dieser Geschäftszweig machen föhrenden Auftrieb aufweisen. Die Maschinen werden durch die eigentliche Industrie, die der Auswanderung großer Betriebe mit ihren Personalangelegenheiten in Deutschland entgegenwirken sollen, helfen dagegen in voller Schärfe erhalten.

Im einzelnen wird ohne Ausnahme für die Anfuhr von Spitzen-, Bohr-, Wirtk- und Stickschneidern (Zylinder, Zylinderbohrer, Maschinen zur Herstellung von Gold- und Silbergegenständen, von Leinwand, Drucken, etc.) sowie für die Anfuhr von Maschinen aus Fleisch- und Klöppelmaschinen aus Nr. 9064, sowie von gewissen Maschinenteilen der alte Ausfuhrzoll von 100 M. pro dt. zu erheben, während die Anfuhr von Textil-, Textil- und Wägewerke-Industrie, sowie von Maschinen für die Herstellung von 75-25 M. pro dt., allerdings unter zwei Voraussetzungen handelt es sich um Maschinen, die in Deutschland nicht mehr als zwei Jahre alt sind, oder um Maschinen, die in deutschen Werkstätten mit einem Kottenaufwand von 10-30 M. je St. aufgebracht worden sind, so sind diese im Zoll gänzlich befreit. Dient jedoch die Anfuhr direkt oder indirekt zur Verfertigung einer Fabrikationsanlage ins Ausland, so wird der volle Zoll von 800 M. erhoben.

Durchgeführte Umstellung bei Calmon Asbest. Die Arbeit und Gummiverke Alfred Calmon AG, schließt 1931 mit einem Nettogewinn von 1.000 M. ab. Die Umsatzerlöse betragen 1.000 M. ergibt sich schließlich ein Verlust von 0,13 M. (M. der vorgetragenen werden soll. In der Bilanz stehen Grundstücke 1.000 M. und Maschinen fast unbenutzt mit 0,5 (1,3) und Vor-

räte mit 0,9 (0,9) M. RM aufgeführt. Auf der anderen Seite ist die Aktiva bilanziell durch Einzahlung von 0,13 M. vermehrt mit 2,3 M. RM eingestellt. Es erheben ferner Gläubiger mit 0,6 (1,1) M. Rückstellungen mit 0,1 M. RM und die gesetzliche Rücklage mit 0,1 M. RM während die Bilanz der vorigen Bilanz mit 0,15 M. RM erschlossene Einzahlungen- und Erneuerungsrücklage für die vorgesehene Umstellung der Fabrikation aufgearbeitet und wieder verwendet worden. Die Bilanz wird erklärt, daß der Umsatz in technischen Asbest- und Gummi-Artikeln zurückgegangen ist und daß sich der Wettbewerb in diesen Artikeln in der Weise aus, daß die deutsche Fabrikation ihren Absatz immer mehr auf den heimischen Markt konzentriert. Die Konzern-Artikel konnten trotzdem genügend den Umsatz des Vorjahres halten.

Reserven zur Tilgung von Buchverleihen. Der Aufsichtsrat der Deutsche Schweiß- und Eisenerzeugungs-Fabrik für Kanalisation und chemische Industrie AG, Friedrichshafen (Baden), beschloß, den durch Sonderberrechnungen auf dem 31. Dezember 1930 festgestellten Bestand an Buchverleihen von etwa 0,24 Mill. RM durch Aufstufen von Reserven ausgeglichen. Eine Dividende (1 v. 9 p. Ct.) aus 0,14 Mill. RM (Reinzwinn) kommt nicht zur Ausschüttung. Die Liquidität der Gesellschaft ist gleich stark entsprechend Zeit Vorjahres. Die Abrechnung in den abgelaufenen fünf Monaten des neuen Geschäftsjahrs ist durch die katastrophale Lage des Baumarktes weiter zurückgegangen.

Gewerkschaft Winterthal ohne Aussicht. Wie der Voss. Zig. aus Düsseldorf gedruckt wird, wird die Gewerkschaft Winterthal für 1931 keine Anwartschaften auf den Vorjahresertrag erhaltend. Die Anwartschaften sind auf 1931 eine Ausbeute von 6000 RM je Kux verteilt worden. Die Anwartschaften sind auf 1931 eine Ausbeute von 6000 RM je Kux verteilt worden. Die Anwartschaften sind auf 1931 eine Ausbeute von 6000 RM je Kux verteilt worden.

Sonderberrechnungen Norddeutsche Eiswerke AG, Berlin. In der G.-V. wurde beschlossen, den Gewinn aus dem Geschäftsjahre 1930/31 in Höhe von 1.000 M. auf 1.000 M. mit 1400 M. RM auf Abschreibungen auf Liquidationsforderungen gegen die frühere Bankfirma Gebrüder Bonte und mit 4572 RM Reserve für die Rückstellungen der Bankfirma Gebrüder Bonte. In der Aufsichtsrats- und Generalversammlung wurde die Ausschüttung der Dividende (1 v. 9 p. Ct.) soll wieder zur Abdeckung von Verpflichtungen verwendet werden.

Hotel Biele auf der Gelse. Auf der Gläubiger-Versammlung der Diach-Hotel- und Verkehrs-Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M., wurde im Anschluß an die Bekanntgabe des (im gestrigen Abendblatt veröffentlichten) Status ausgeführt, die Verwaltung der Gesellschaft, die Diach-Hotel- und Verkehrs-Aktiengesellschaft, zu beschaffen. Die Diach-Hotel-Verhandlungen sind aussichtsreich. Eine Quote könne nach nicht ausgeschlossen. Da zwei Gläubiger mit 200 M. RM die Verwaltung der Gesellschaft übernehmen wollen, wird der Antrag auf gerichtliche Vergleichsverfahren eingereicht worden. Die Verwaltung der Gesellschaft, die Diach-Hotel- und Verkehrs-Aktiengesellschaft, wird dabei, wie oben, eine geringe Quote herauskommen. Die vier Frankfurter Betriebe - Groß-Frankfurt, Cafe Wien, Hotel Excelsior und Hotel Excelsior - werden, wie oben, eine geringe Quote herauskommen. Die vier Frankfurter Betriebe - Groß-Frankfurt, Cafe Wien, Hotel Excelsior und Hotel Excelsior - werden, wie oben, eine geringe Quote herauskommen.

Kolonialwaren

LONDON, 17. JUNI. Rohkaffee (Schnitt) Termine: London 1/2 1/2; Santos 1/2 1/2; Rio 1/2 1/2; ...

BREMEN, 17. JUNI. Baumwolle. (Schluß) Termine: Juni 60 B 6 00 G 6 02 B; Juni 60 B 6 02 B; Dez. 60 B 6 02 B; ...

LIVERPOOL, 17. JUNI. Baumwolle. (Schluß) Gespinnelt: 60/60 1/2 1/2; 60/60 1/2 1/2; 60/60 1/2 1/2; ...

Kautschuk

LONDON, 17. JUNI. Kautschuk (Penon) per Mt. Tendenz: Standard Nr. 1, Crepe 100 2/4; Standard smoked Sheet No. 1, 1/2; ...

Metalle

Anteilige Berliner Metall-Terminnotierungen vom 17. Juni. Kupfer: Juni 43 B 42 1/2 G; Juni 43 B 42 1/2 G; ...

LONDON, 17. JUNI. Metall. (Schluß) Kupfer: Tendenz: Standard per Conto 27 1/2-27 1/2; ...

Dividende

Bayerische Rückversicherungsbank AG, München aus 0,28 U. (7,47) Mill. M. wieder 8 p. Ct.

Kirchenzettel für Berlin und Worort

Katholische Gottesdienste

Table with 2 columns: Church names and service times. Includes entries like Berlin, Sebald-Kathedrale, St. Marien, etc.

Table with 2 columns: Church names and service times. Includes entries like Berlin, St. Marien, St. Nikolaus, etc.

# WAS SENDET BERLIN?

Abkürzungen: B. = Berliner Sender, D. = Deutschlandsender

## Sonntag, 19. Juni

- 6.00 B. D.: Gymnastik
- 6.15 B. D.: Hamburger Hafenkonzert
- 8.00 B. D.: Für Landwirte
- 8.05 B. D.: Bergpredigt
- 11.00 B. D.: Märchen für Kinder
- 11.30 B. D.: Bach-Sonate
- 12.10 B. D.: Vert. von Sellmaß/Flieg
- 12.10 B. D.: Vert. von David/Ludwig
- 12.20 B. D.: Deutsches Sinfonie-Orchester
- 14.00 B. D.: Klavier
- 14.30 B. D.: Rührer-Orchesterkonzert
- 15.00 B. D.: Deutsches Elternabend-Treffen
- 15.00 B. D.: Unbekannte Märchen von Oscar Wilde
- 15.25 B. D.: Berliner Huber-Regatta im Ordinar
- 16.10 B. D.: Besondere Hörspiele
- 17.40 B. D.: Rufeplauder
- 17.40 B. D.: Der neue Nationalismus
- 18.10 B. D.: Wasserhörnchenkonzert
- 18.20 B. D.: Zum 70. Geburtstag von Johannes Schöler
- 18.40 B. D.: Eberhard König liest
- 19.00 B. D.: Die deutsche Volkstheater
- 19.30 B. D.: Hans Christoph Knerr liest
- 19.30 B. D.: Der Dichter und die Zeit
- 20.00 B. D.: Abendkonzert
- 20.00 B. D.: „Der tapferste Soldat“, von Decart
- 22.15 B. D.: Sommerfest in Hell am See
- 22.15 B. D.: Tanzmusik
- 22.55 B. D.: Tanzmusik aus Hell am See

## Montag, 20. Juni

- 6.00 B. D.: Gymnastik
- 6.15 B. D.: Frühkonzert aus Breslau
- 9.30 B. D.: Probenhörenkonzert geführte
- 10.00 B. D.: Schallplatten: EMI-Gesellschaft
- 11.30 B. D.: Schallplatten: Hannover
- 12.05 B. D.: Schallplatten: Englisch
- 12.30 B. D.: Schallplatten: Karadamerische
- 14.00 B. D.: Schallplatten
- 15.00 B. D.: Kinderkonzert
- 15.20 B. D.: Möglichkeiten der Fortbildung
- 15.40 B. D.: Fotografische Jugendbildung
- 15.45 B. D.: Frauenfunk
- 16.00 B. D.: Aufbau-Rufen der Berliner Volksführung
- 16.05 B. D.: Warum leiden die Menschen?
- 16.30 B. D.: Klassische Kammermusik
- 17.00 B. D.: Radioleser
- 17.50 B. D.: Hörspiele für die Jugend
- 17.50 B. D.: Strömungen der evangelischen Theologie
- 17.50 B. D.: Waldsinnarbeit und Sambaarbeit
- 18.00 B. D.: Zeitfragen-Durchschnitt
- 18.10 B. D.: Deutsches Recht und deutsche Sprachwörter
- 18.30 B. D.: Der Philosoph als Politiker
- 18.30 B. D.: Spanisch für Anfänger
- 19.00 B. D.: Stimme zum Tag
- 19.00 B. D.: Aktuelle Stunde
- 19.15 B. D.: Unterhaltungsmusik (Kapelle Glato)

## Dienstag, 21. Juni

- 6.00 B. D.: Gymnastik
- 6.15 B. D.: Frühkonzert aus Hamburg
- 10.10 B. D.: Schallplatten: Beim Leuchturmwärter
- 11.30 B. D.: Konzert aus Rönigsberg
- 12.05 B. D.: Schallplatten: Französisch
- 12.30 B. D.: Schallplatten
- 14.00 B. D.: Schallplatten: Berlin
- 15.00 B. D.: Musikalische Kinderkunde
- 15.20 B. D.: Das Volkshochschulwesen
- 15.45 B. D.: Rufeplauder
- 15.45 B. D.: Frauenfunk: Sambaarbeiten
- 16.05 B. D.: Zum 70. Geburtstag von Johannes Schöler
- 16.30 B. D.: Deutsches Konzertorchester
- 17.30 B. D.: Sagenkunde
- 17.30 B. D.: Gros in der Gegenwartsbildung
- 17.50 B. D.: Wälderfunk
- 18.00 B. D.: Musikalische Arbeitsgemeinschaft
- 18.20 B. D.: Von der bildenden Kunst
- 18.30 B. D.: Rufeplauder
- 18.30 B. D.: Englisch für Fortgeschrittene
- 19.00 B. D.: Stimme zum Tag
- 19.00 B. D.: Geben und Nehmen
- 19.10 B. D.: Sambaarbeit (Kapelle Hofmann)
- 19.40 B. D.: Technik und Persönlichkeit
- 20.00 B. D.: „Sch Schwere der Gott“, Beispiel
- 20.25 B. D.: Chorfonk aus Hamburg
- 21.00 B. D.: Opernrezeption
- 21.00 B. D.: Württembergische (aus Breslau)
- 22.20 B. D.: Konzert aus Hamburg
- 22.20 B. D.: 3.00: B. D.: Söderstein zum Vogelkampf Edmüding/Scharke

## Mittwoch, 22. Juni

- 6.00 B. D.: Gymnastik
- 6.15 B. D.: Frühkonzert
- 9.00 B. D.: Schallplatten: Do X
- 9.30 B. D.: Die Arbeit der anderen
- 10.10 B. D.: Schallplatten: Schubert-Stift
- 11.30 B. D.: Konzert aus Leipzig
- 12.00 B. D.: Schallplatten
- 14.00 B. D.: Schallplatten: Romaniker
- 15.00 B. D.: Großplauder
- 15.20 B. D.: Söderstein aus einer Erwerbslosen-Insulin in Seltow
- 15.45 B. D.: Biolin-Solo
- 15.45 B. D.: Frauenfunk
- 16.00 B. D.: Sinfonieorchester Junge
- 16.05 B. D.: Aktuelle Abteilung
- 16.30 B. D.: Der Hörer und sein Apparat
- 16.30 B. D.: Ruckkonzert aus Furment
- 16.55 B. D.: Berner Walden liest
- 17.20 B. D.: Musikalisches Gedächtnis
- 17.50 B. D.: Unbekanntes Frankreich

## Donnerstag, 23. Juni

- 6.00 B. D.: Gymnastik
- 6.15 B. D.: Frühkonzert aus Leipzig
- 10.10 B. D.: Schallplatten: Wienkunde
- 11.30 B. D.: Konzert aus Bremen
- 12.00 B. D.: Schallplatten: Eerenbode
- 14.00 B. D.: Schallplatten: Berühmte Opern
- 15.00 B. D.: Romanik der Schwärze
- 15.20 B. D.: Sinn der Fortbildung
- 15.45 B. D.: Menschliche Kultur in Mesopotamien
- 15.45 B. D.: Frauenfunk: Mimenholz
- 16.00 B. D.: Vögelkonzert Junge
- 16.05 B. D.: Deutsche Dichter ohne Namen
- 16.30 B. D.: Johann Christoph Bach-Konzert
- 16.30 B. D.: Konzert aus Rönigsberg
- 17.10 B. D.: Aktuelles Vögelkonzert
- 17.30 B. D.: Württembergische zum Sings
- 17.30 B. D.: Kulturgeschichte des Sanges
- 18.00 B. D.: Hermann Hill liest
- 18.00 B. D.: Geheimnis des Streifens
- 18.10 B. D.: Wichtige Kinetikanten
- 18.30 B. D.: Was stand an der Spitze
- 18.30 B. D.: Spanisch für Fortgeschrittene
- 19.00 B. D.: Stimme zum Tag
- 19.00 B. D.: Aktuelle Stunde
- 19.15 B. D.: Festgesellige Gärtenmusik
- 19.20 B. D.: Stunde des Landwirten
- 19.35 B. D.: Der Apep-Walter Surmann
- 19.35 B. D.: Ruffelder Fünf-Jahresplan
- 20.00 B. D.: Die Ober entlang
- 20.00 B. D.: Das Gespenst von Cantenrell
- 21.20 B. D.: Sommerfeier an der Grenze, aus Rönigsberg
- 21.55 B. D.: „Mama“, Oper von Stravinsky
- 22.20 B. D.: Politische Sprechschau, anst. Tanzmusik (Kapelle Joffe)

## Freitag, 24. Juni

- 6.00 B. D.: Gymnastik
- 6.15 B. D.: Frühkonzert
- 9.00 B. D.: Schallplatten: Im bunten Erdteil
- 10.10 B. D.: Schallplatten: Die Segelmänner
- 11.30 B. D.: Sinfonieorchester
- 12.00 B. D.: Schallplatten: Karadamerische
- 14.00 B. D.: Schallplatten: Schubert

- 15.00 B. D.: Stunde mit Blumen
- 15.20 B. D.: Ausstufende Fortbildung
- 15.40 B. D.: Sinfonieorchester
- 15.45 B. D.: Die Frau als Künstlerin
- 16.00 B. D.: Lieber Weißbrot
- 16.05 B. D.: Ruffelder zum Tage
- 16.10 B. D.: Unterhaltende Sommermusik
- 16.30 B. D.: Konzert aus Leipzig
- 16.30 B. D.: Lieber unsere Pflanzungen
- 17.35 B. D.: Die junge Generation
- 18.00 B. D.: Gerüben einli und leht
- 18.05 B. D.: Waffer hat hoch Steiert
- 18.30 B. D.: Lieber Walter Stabenau
- 18.30 B. D.: Lieber Mozart
- 19.00 B. D.: Stimme zum Tag
- 19.00 B. D.: Musikalische Sommermusik
- 19.10 B. D.: Das neue Buch
- 19.15 B. D.: Vortrag für Tierärzte
- 19.20 B. D.: Cello-Konzert von M. Albert
- 19.35 B. D.: Ruffelder für die Gemalte
- 19.35 B. D.: Sinfonieorchester
- 20.00 B. D.: Vortrag aus Wöhltingen
- 20.15 B. D.: „Das Rheingold“, von Wagner
- 20.20 B. D.: Rufeplauder
- 21.10 B. D.: Sinfonieorchester
- 22.20 B. D.: Vorstellung in U. E. M.
- 22.45 B. D.: Orchesterkonzert aus Mogeburg

## Sonntag, 25. Juni

- 6.00 B. D.: Gymnastik
- 6.15 B. D.: Konzert aus Rönigsberg
- 10.00 B. D.: Reichsverbandstagung des Schlosser-, Rührer- und Stahlhütten-Industrieberufs
- 10.10 B. D.: Schallplatten: Minna von Barnheim
- 11.00 B. D.: Stunde der Unterhaltung
- 11.10 B. D.: Konzert aus Rönigsberg
- 11.30 B. D.: Schallplatten
- 14.00 B. D.: Schallplatten-Rakete
- 15.00 B. D.: Der Journalismus als Schlafwagen-Inhaber
- 15.20 B. D.: Siermann zum Sauf
- 15.45 B. D.: Bedeutungslos-bedeutungslos Plauder
- 15.45 B. D.: Für junge Wälder
- 16.00 B. D.: Zeitungsroman und Refer
- 16.05 B. D.: Konzert zur 700-Jahrfeier Dronien
- 16.30 B. D.: Konzert aus Hamburg
- 17.30 B. D.: Söhne und Beruf
- 17.50 B. D.: Geheimnis des Streifens
- 18.00 B. D.: Lieber Sonntagabend
- 18.05 B. D.: Musikalische Neuereignisse
- 18.15 B. D.: Zum modernen Weltgefühl
- 18.20 B. D.: Wilhelm Müller Gedächtnis
- 18.35 B. D.: Ruffelder zum Tage
- 19.00 B. D.: Stimme zum Tag
- 19.10 B. D.: Sinfonieorchester
- 19.30 B. D.: Sinfonieorchester
- 19.35 B. D.: Die Erziehung der Jugend
- 20.00 B. D.: Sinfonieorchester
- 20.20 B. D.: 21.10 B. D.: Bunter Abend aus Somburg
- 22.20 B. D.: Tanzmusik (Kapelle Beres)

Hierarchische Europa-Programme in den besten Zeitungen „Steben Segen“  
 Hierfür 20 Pf. Abonnement in jeder  
 Hefen-Filiale oder durch die Post.

**Staatoper**  
 Unter den Linden  
 250. Abonnement-Vorstellung  
**Der Troubadour**  
 Dirigent: Zwigg  
 de Strozi, Klug, Rowanow, Helgers  
 Jansen  
 Anfang 8 Uhr

Sonntag, 18. Juni  
 Sonntag, 18. Juni  
 Sonntag, 18. Juni  
**Schauspielhaus**  
 Unter den Linden  
 250. Abonnement-Vorstellung  
**Abschied von der Liebe**  
 Liebel, Wagner  
 Fierath, Blitt  
 K. Wiedemann  
 Anfang 8 Uhr

Sonntag, 18. Juni  
 Sonntag, 18. Juni  
 Sonntag, 18. Juni  
**Stadt. Oper**  
 Charlottenburg  
 8. Lesing-Th.  
 Opern- und Singspiele  
 Anfang 8 Uhr

Sonntag, 18. Juni  
 Sonntag, 18. Juni  
 Sonntag, 18. Juni  
**Volksbühne**  
 Theater am Zoo  
 11.00 Uhr  
**Die goldene Uhr**  
 Volkstheater v. Sapp

Kleiner Theater  
 Unter d. Linden 44  
 Täglich 8 Uhr  
**Joseph Plaut**

Der Raub der  
 Sabinerinnen  
 Preise v. 75 Pf. an

one-Theater  
 Fr. Franz, 50, 132  
 11.00 Uhr, 1. 1902  
 Die sieben Schwänder  
 Gartenbauverein  
 11.00 Uhr, 1. 1902  
 Zigeunerliebe

**BIOX-ULTRA** die sparsame  
 reine deutsche **ZAHNPASTA** mit biologischer  
 Sauerstoff-Wirkung

Deutsches Theater Bx, Ufer  
 Die Jalousie  
 Lustspiel in 3 Akten  
 Josephson, Müller, Th. Hackmann

Deutsches Musik-Theat.  
 Nürtinger Straße 70  
**Caramba**  
 Operette mit Händel

Theater i. d. Behrenstraße  
 Ufer: Ralph Arthur Robert  
**Der Tiefstapler**  
 Kriminal-Gedächtnis v. F. Cammerloh

des Westens Th. Holländer  
 Kassenr. 9  
**Lori Lux** in  
 Die Blume  
 von Havel

Th. Holländer  
 Tel. Pallast 7051  
**Frühling**  
 in Heidelberg  
 Op. von Fred Raymond  
 Vorber. eröffnet.

**PIAZA**  
 11.00 Uhr  
 11.00 Uhr  
 11.00 Uhr

Suche 4500.-  
 11.00 Uhr  
 11.00 Uhr  
**Zirkus 300 Quadratmeter**  
**Büroräume**  
 im ganzen oder geteilt, auch als Wohn-  
 räume geeignet. Eder, Ringstraße 10, hier  
 direkt, Büromöbel, etc. hier geeignet  
 für alle Bedürfnisse. Preis 1000.-  
 direkt beschaffen. **Anzeiger 1639.**

**Unterichts-Anzeigen**  
 Pflanzschule  
**Waldleversdorf**  
 ab Secta. Kleine Klassen. Freizeitsp.

**KINDER**  
 I. d. groß. Ferien, bei Erlösung  
 nach, nach aufzusuchen. 8. 1902  
 11.00 Uhr  
 11.00 Uhr  
 11.00 Uhr

**Freude für Jung und Alt**  
 liberal Freude zu lachen und zu zeigen, in den großen Dingen  
 des Lebens und in den kleinen, die man so leicht über-  
 sieht, das ist Wunsch und Ziel der Sonntag-Zeitung

**Die Grüne Post**  
 Heute neu für 20 Pf.

**Herz-,  
 Rheuma-,  
 Frauenbad**  
 Inhalatorium, Pauschalkuren  
 Preis ab RM 3.00. Kurort a. Bäderpreise bed. ermäßigt

**Handelsregister**  
 Neueintragen  
 (mit Angabe von Straße und Hausnummer)  
 (Nachdruck verboten.)

A. H. A.: M. Bratt & Co.  
 Berlin N. 65, Reinholdstraße  
 15. (Vertrieb von Textil-  
 Erzeugnissen und Möbeln.)

A. H. B.: Eckardt & Brom-  
 berg G.m.b.H. Berlin SW 47,  
 Mackenstraße 114. (Herstellung  
 und Vertrieb von Zentralheiz-  
 ungs- sowie sanitären An-  
 lagen.) Stamm: 20.000 Mk.  
 Geschäftsfl.: Ing. Kurt Eckardt  
 und Ing. Otto Bromberger,  
 Berlin. — Jurist. Grundstücks-  
 erwerbgesellschaft (in Aus-  
 führung von chemisch-techni-  
 schen Anlagen). E. 15. 6.  
 A. 12. 7. G. und P. 20. 7.

Essen, Ruhr. Georg Meyer &  
 Co. G.m.b.H. E. 14. 6. A.  
 10. 7. G. 26. 7. P. 26. 8.

**Gerdaun.** Elektrizitätsgesell-  
 schaft des Kreises Gerdaun  
 (in Glatbach-Rheide). Stamm:  
 A. 18. 7. G. 7. 7. P. 10. 7.

**Glatbach-Rheide.** Komm.-Ges.  
 G. Fleischer, Klerodorf. E.  
 14. 6. A. 12. 7. G. 13. 7.  
 P. 2. 7. P. 2. 7.

**Hannover.** o. H. Müller &  
 Korte, Getreide-, Mehl- und  
 Futtermittel-Großhandlung.  
 E. 15. 6. A. 12. 7. G. 6. 7.  
 P. 2. 7. P. 2. 7.

**Köln.** Westdeutscher Verband  
 für Pelzwaren e. V. E. 12. 7.  
 P. 2. 7. P. 2. 7.

**Leipzig.** o. H. F. Kusch  
 (Wahstuch- und Linoleum-  
 handlung). E. 10. 6. A.  
 20. 7. G. 11. 7. P. 8. 8.

**Gericht.** Bekanntmachungen  
 siehe 1. Beilage 4. Seite.

**Vergleichsverfahren**  
 Neugeordnete:  
 Mittelstandsbank für Stadt  
 und Land e. G. m. b. H., Bad  
 Schöneberg, Bez. Halle 11.  
 Hensel G. m. b. H., Dresden;  
 Firma Julius Bacher, Komman-  
 ditsgesellschaft, Halle 11. (Aus-  
 gangs- und Lederer.)  
 G. Kassel; Jonas Kort G. m. b.  
 H., Baumwollwarengroßhand-  
 lung, Leipzig; o. H. H. 14. 6. A.  
 Polich, Leipzig; Holzentrast  
 G. m. b. H., Stuttgart; Fried-  
 rich Schütz senior, o. H., Bank-  
 geschäft, Stuttgart.

**Aufgehoben:**  
 o. H. Deutsche Armaturen-  
 fabrik, Leipzig; Richard und  
 Max Rosst, Fabrik für aus-  
 stehende Armaturen für Bad  
 und Toilette, Leipzig; o. H. Wil-  
 helm Thiel, Leipzig; Walter  
 Evertsbach & Co. G. m. b. H.,  
 Wuppertal-Barmen.